

VERBÄNDE GEGEN KÜRZUNGEN IN DER PSYCHOTHERAPIE



Rund 4000 Menschen demonstrierten in Berlin für die Sicherung der psychotherapeutischen Versorgung

Rund 4000 Psychotherapeut*innen und Unterstützer*innen demonstrierten gestern in Berlin im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages gegen die geplanten Kürzungen in der Psychotherapie. Ein breites Bündnis von psychotherapeutischen Berufs- und Fachverbänden hatte zu der Demo aufgerufen, die vom Bundestag bis zur Zentrale des Spitzenverbands der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV) führte. Eine Honorarkürzung um 4,5 Prozent sowie die Kürzung psychotherapeutischer Leistungen in den Plänen der Finanzkommission Gesundheit waren Auslöser der Proteste.

Gemeinsam mit der Petentin Johanna Alisa Jung, deren Petition „Monatelange Wartezeiten – und jetzt werden psychotherapeutische Leistungen gekürzt?“ innerhalb kurzer Zeit über 550.000 Unterschriften erreichte, forderten die Psychotherapeut*innen die Politik lautstark auf, die Kürzungen in der Psychotherapie zu stoppen.

Die Argumente der Demonstrant*innen waren eindeutig: Angesichts „klammer“ Kassen der gesetzlichen Krankenversicherungen rechnet sich Psychotherapie: Jeder hier investierte Euro spart gesamtgesellschaftlich 2 bis 4 Euro ein. Zugleich macht Psychotherapie nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten innerhalb der GKV-Versorgung aus, und die Fachgruppe der Psychotherapeut*innen bildet bei den Vergütungen das Schlusslicht. Daher ist es umso unverständlicher, dass der erweiterte Bewertungsausschuss die Vergütung für Psychotherapie auf Betreiben des GKV-SV ab April pauschal um 4,5 Prozent abgesenkt hat und die Finanzkommission Gesundheit den Rotstift ausgerechnet bei den psychotherapeutischen Leistungen ansetzt. Die Demonstrierenden forderten das Bundesministerium für Gesundheit auf, den Beschluss des Bewertungsausschusses zu beanstanden. Außerdem riefen sie dazu auf, weitere Maßnahmen, die die psychotherapeutische Versorgung aushöhlen, zu stoppen.

Bettina Meisel, VAKJP-Vorstandsvorsitzende:

„Wer in einer Zeit massiv steigender psychischer Belastungen bei Kindern und Jugendlichen ausgerechnet die Psychotherapie kürzt, handelt gegen jede fachliche Vernunft und gegen die Interessen der nächsten Generation. Kinder können sich nicht selbst versorgen, sie sind auf verlässliche Hilfe angewiesen. Wenn wir hier sparen, nehmen wir sehenden Auges mehr Leid, mehr Chronifizierung und höhere Folgekosten in Kauf. Das ist keine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik – das ist ein fatales Signal an junge Menschen und ihre Familien.“

Die Veranstalter*innen senden auch eine klare Botschaft an den GKV-SV, vor dessen Haustür die Demonstration mit einer Abschlusskundgebung endete: Es gibt eine Reihe harter Fakten, die ganz klar für eine Weiterentwicklung der psychotherapeutischen Versorgung und nicht für ein Zusammenstreichen sprechen. Sie überreichten ein entsprechendes Faktenblatt und boten wiederholt Unterstützung bei der Entwicklung einer effizienten, leitlinienorientierten psychotherapeutischen Versorgung an.